

Einkommensumverteilung in Schweden

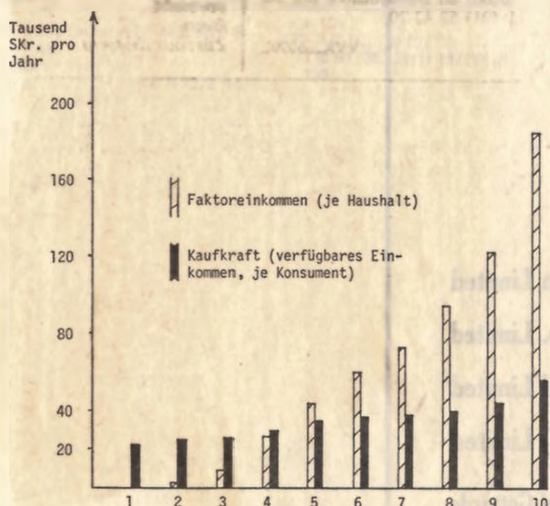
Fast leistungsunabhängige Kaufkraft

Von Prof. Dr. Bruno S. Frey (Universität Zürich)

In Schweden ist die Nivellierung der Einkommen weiter fortgeschritten als gemeinhin angenommen. Die Kaufkraft der privaten Haushalte hängt kaum mehr von ihrem Beitrag zur Produktion oder zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung ab. Mit andern Worten: Die Einkommen aus Faktorleistungen (vor allem aus Arbeit), die den Beitrag zur volkswirtschaftlichen Einkommenserzeugung erfassen, sind nicht mehr die dominante Komponente des Einkommens, das den einzelnen Schweden für den Konsum zur Verfügung steht. Heute ist vielmehr die über den Staat abgewickelte Umverteilung in Form von Steuern und Uebertragungen entscheidend.

Der schwedische Oekonom Assar Lindbeck, Direktor des angesehenen Institute for International Economic Studies an der Stockholmer Universität, hat auf der Grundlage einer Umfrage unter fast 10 000 Haushalten sowie anhand zusätzlicher Quellen (wie des Steuerregisters) eine umfassende Studie über die Einkommensverteilung im Wohlfahrtsstaat Schweden vorgelegt.* Die beigefügte graphische Darstellung (Figur 1) gibt einen Ueberblick über die Verteilung der Faktoreinkommen und der Kaufkraft (verfügbares Einkommen) für 1979. Die Figur zeigt die Einkommensverteilung nach Dezilen, d. h. das Einkommen der 10% der Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen (erstes Dezil), dann derjenigen 10% der Haushalte mit darüber liegendem Einkommen usw. bis zu den 10% mit den höchsten Einkommen (zehntes Dezil).

Für jedes der zehn Dezile sind jeweils zwei Einkommen ausgewiesen: der Beitrag der entsprechenden Haushalte zur Erstellung des Sozialprodukts (gestrichelte Säule) und die den einzelnen Konsumenten in diesen Haushalten zufließende Kaufkraft (schwarze Säule). Schon auf den ersten Blick ist ersichtlich, dass die Verteilung der Kaufkraft weit gleichmässiger ist als diejenige der Faktoreinkommen: Die schwarzen Säulen nehmen von den Haushalten mit dem geringsten Einkommen gegenüber denjenigen mit höheren Einkommen nur wenig zu. Das unterste Dezil hat überhaupt kein Faktoreinkommen, verfügt aber (pro Konsumeinheit) über kaum weniger Kaufkraft als Haushaltsgruppen mit weit höherem Faktoreinkommen. Das Verhältnis des Einkommens zwischen dem zehnten und zweiten Haushaltsdezil beträgt beim Fak-



Figur 1: Verteilung der Einkommen nach Haushaltsdezilen (Einteilung der Haushalte in Dezile nach ihren Faktoreinkommen)

toreinkommen rund 70:1; bei der Kaufkraft beträgt es nur etwas mehr als 2:1.

Gegen diese Darstellung der Einkommensverteilung könnten verschiedene Einwände vorgebracht werden. Insbesondere ist wegen der grossen Verbreitung der Teilzeitarbeit in Schweden die unterschiedliche Arbeitszeit zu berücksichtigen. Erwerbstätige, die z. B. nur halbtags arbeiten, haben in der Regel auch geringere Einkommen als Vollerwerbstätige. Lindbeck weist indessen nach, dass die geschilderte Einkommensverteilung im wesentlichen unverändert bleibt, wenn das Einkommen pro Arbeitsstunde betrachtet wird. Ähnliches gilt, wenn die nicht erwerbstätigen jungen und alten Personen (Studenten und Pensionierte) ausgeklammert werden. Auch in diesem Fall bleibt die starke Tendenz zur Egalisierung der Kaufkraft erhalten. Die Ergebnisse gelten noch ausgeprägter dann, wenn das aus dem Konsum öffentlicher Dienstleistungen gezogene (indirekte) Einkommen einbezogen wird. Anhand ausgewählter Berufe lässt sich schliesslich auch zeigen, dass das Einkommen nach Steuerabzug kaum durch Erwerb zusätzlicher höherer Ausbildung gesteigert werden kann.

In Schweden ist heute der politische Prozess für einen erheblichen Anteil der Haushalte zur wichtigsten Determinante ihres (verfügbaren) Einkommens geworden. Wie aus Figur 1 hervorgeht, beziehen z. B. die 30% der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen den weitaus grössten Teil ihrer Kaufkraft aus staatlichen Uebertragungen. Entsprechend hoch sind die Grenzsteuersätze und die (marginalen) Uebertragungssätze. Ein «typischer» vollbeschäftigter Industriearbeiter oder kaufmännischer Angestellter mit mittlerem Einkommen war 1979 ei-

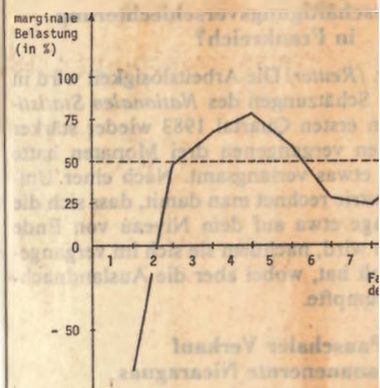
* Interpreting Income Distributions in a Welfare State: The Case of Sweden. Discussion Paper Series, Institute for International Economic Studies, Stockholm 1982.

nem Grenzsteuersatz von 57—63% unterworfen; zehn Jahre zuvor waren es «nur» 45—50% gewesen. Viele Uebertragungen sind einkommensabhängig; nur Haushalte mit niedrigen Faktoreinkommen beziehen z. B. die bedeutenden staatlichen Beiträge zu den Mieten und zu den Kosten der Kinderhorte. Das für den Konsum verfügbare Einkommen nimmt deshalb bei steigendem Arbeitseinkommen nur wenig zu. Aus diesem Grund ist die gesamte Grenzbelastung der Haushalte auf Grund der Einkommenssteuer und des Verlustes an Uebertragungen in den mittleren Einkommensdezilen am höchsten. In diesem Bereich fällt es für Schweden leicht, spezielle Gruppen zu finden, die marginal mit mehr als 100% (!) belastet werden: Wer durch Arbeit mehr Einkommen erwirbt, hat nach der staatlichen Umverteilung absolut weniger Kaufkraft zur Verfügung.

Der Verlauf der gesamten Grenzbelastung ist in Figur 2 dargestellt. Die Bezieher noch höherer Einkommen (insbesondere des sechsten und siebten Dezils) sind einer weniger hohen marginalen Belastung unterworfen; diese beginnt erst wieder im achten Dezil zu steigen.

Die in Schweden durchgeführte Umverteilung kann kaum als «gerecht» angesehen wer-

den. Hinzu kommen die vielfältigen Steuern, legal oder illegalen, die aber von den Besteuer gleichem Mass ausgenützt werden weitere Ungerechtigkeiten schaffen. In weiteren Untersuchungen ist die schaffung (Schwarzarbeit) in Schweden ein ernsthaftes Problem geworden. Schwedischen Oekonomen (auch wird erwartet, dass langfristig



Figur 2: Gesamte Grenzbelastung der Haushalte (Mehrfachbelastung durch Sozialleistungen und Einkommenssteuer)

produktiven Anstrengungen und Erzeugung des Sozialprodukts wirksam werden. Damit wird ein hohes System der Umverteilung in Frage gestellt.

N22 — 3. Feb. 1983

(gleiche Seite)

Selbstzerstörerischer Fortschritt

Das zerfallene schwedische Modell

Schonungsloses Urteil eines Stockholmer Bankiers

Zr. Als Gast des Schweizerischen Instituts für Auslandsforschung hat am Dienstag abend an der Universität Zürich Lars-Erik Thunholm, Präsident der Skandinaviska Enskilda Banken, den Zerfall des schwedischen Wohlfahrtsmodells im letzten Jahrzehnt ohne jede Beschönigung geschildert, aber zuletzt doch von einem sich anbahnenden Wandel der öffentlichen Meinung berichtet. Dieser könne dann eine Gesundung herbeiführen, wenn er den freien Unternehmungen ihre Lebensfähigkeit unter glaubwürdigen und langfristigen Spielregeln in einem offenen, wettbewerbsorientierten Klima zurückgebe, zugleich die Staatsfinanzen saniere und den früheren Konsens von Staat und Sozialpartnern zurückgewinne.

In diesem Konsens hatte nach Thunholm tatsächlich der Schlüssel zum Erfolg des einst mit Recht so benannten schwedischen Modells gelegen, das seinen Höhepunkt zu Beginn der siebziger Jahre erreichte. Es wurde begünstigt durch einen raschen Industrialisierungsprozess auf der Basis wertvoller Rohstoffe und Energiequellen, ermutigt durch eine unternehmungsfreundliche Steuerpolitik, gefördert durch eine beachtliche Mobilität der Produktionsfaktoren und getragen von einem «nationalen Einverständnis» zwischen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften. Wie ist es in der Folge zu Stagnation, industriellem Rückschritt, sinkenden Investitionen, Erosion der Unternehmungserträge, dramatischen Staatsdefiziten und wachsender externer Verschuldung gekommen? Die «Erdölschocks» trafen Schweden gewiss härter als die meisten anderen Industrieländer, aber sie reichen für die Erklärung der «Vernichtung des Fortschritts durch den Fortschritt» nicht aus, wie der Redner in Anlehnung an ein Pascal-Wort meinte. An der Wurzel lag vielmehr die Verdrängung sozialer Eintracht durch politische Konfrontation, die sich unter dem Einfluss exorbitanter Einkommenstransfers in einem wuchernden Zuwachs des öffentlichen Sektors bis zu einer siebzigprozentigen Staatsquote niederschlug.

Als ausgeprägtes institutionelles Charakteristikum liess der Referent die Polarität zwischen

starken Pressure-groups und schwachen Regierungen erscheinen. Sie hatte beschäftigungspolitische Folgen von hoher Problematik; staatlich verordnete Arbeitsplatzsicherheit und gesetzlich genormte Mitbestimmung traten an die Stelle wachstumsorientierter Beweglichkeit. Darüber hinaus setzten öffentliche Eingriffe in die Ressourcenverwendung, die Preisgestaltung, die Einkommensbildung und die übrigen Arbeitsvertragsbeziehungen marktwirtschaftliche Mechanismen ausser Funktion. Zwar schlug die Wirtschaftspolitik nicht die Richtung auf sozialistische Planmodelle ein, doch entwickelte sie sich im System der «Mixed economy» zu einer Spielart, welcher der Redner den Namen «Verhandlungswirtschaft» gab. In dieser verfolgten Interessengruppen vorab kurzfristige Ziele, welche die Eigenschaft haben, dass sie die politischen Kräfte unter paradoxen Eigenständigkeitsverlusten zu ebenso kurzfristigen Versprechungen und Verhaltensweisen verleiten, aber das Gemeinwesen nicht zuletzt durch Inflation und die Zerrüttung der öffentlichen Finanzen schädigen.

Als Hauptopfer solcher Sachverhalte erweist sich die schöpferische Rolle des Unternehmers. Wird sie zurückzugewinnen sein? Dazu bedürfte es einer Wiederherstellung gesellschaftlicher Gleichgewichte. Thunholm zielte mit dieser Aussage erneut vor allem auf die Gewerkschaften, die im letzten Jahrzehnt nicht nur die Einschaltung des Staates für die Erfüllung sonst nicht durchsetzbarer Forderungen zur Strategie gemacht hätten, sondern seit der vorjährigen Wahlkampfperiode auch die fortschreitende Ueberführung des Eigentums an den privaten Unternehmungen (nach dem Entwurf der «Arbeitnehmerfonds») in ihre Organisationen anstrebten. Demgegenüber werde eine Regeneration liberaler Konzepte eines breiten Meinungsumschwungs bedürfen, der unter dem Druck sinkender Realeinkommen nicht ausgeschlossen scheint, aber doch nur auf lange Sicht wirksam werden dürfte. Er müsste in jedem Fall die Marktwirtschaft als fundamentale Voraussetzung eines hohen Wohlfahrtsniveaus erkennen.